



## LIEBER WUTBÜRGER, ...

...du beklagst dich zu Recht über das Versagen der Bundesregierung auf breiter Ebene und ich verstehe auch deinen Ärger darüber, dass du jahrelang um Hilfe gerufen hast, weil du von der Bundesagentur für Arbeit menschenunwürdig behandelt wurdest, während die wechselnden Regierungen in Berlin dich nicht hören wollten. Ich verstehe dich, dass du Frust schiebst, wenn du trotz 40h Jobs deine Familie nicht selbst ernähren kannst, weil dein Chef zwar jede Woche Überstunden für dich hat, aber keine Lohnerhöhung. Es stimmt, dass alles um dich herum teurer wird, aber dein ohnehin zu knappes Geld immer kleiner wird. Keiner bestreitet, dass momentan sehr viele Kräfte und Mittel mobilisiert werden um den Flüchtlingen beim Überleben zu helfen.

Aber was kann der Flüchtling dafür, dass die Bundesagentur Gesetze umsetzt, die von CDU/CSU, FDP, Grünen und SPD geschaffen und „verfeinert“ wurden um dich zu gängeln? Was kann der Flüchtling dafür, dass dein Chef sich von deiner Überstundenleistung einen neuen Porsche kaufen will? Was kann der Flüchtling dafür, dass der von SPD und CDU verabschiedete Mindestlohn lückenhaft ist und

zur Existenz nicht ausreicht? Was kann der Flüchtling für spekulationsbedingte Teuerung bei allen Artikeln? Was kann der Flüchtling für Lohndumping und Leiharbeit, für unbekämpfte Obdachlosigkeit, für Theaterschließungen für Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich???

Warum neidest du dem Flüchtling sein Handy, hast du selbst nicht auch eins?! Warum neidest du dem Bankchef nicht seine Millionenboni und sein finanziell abgesichertes Leben, hast du es etwa schon? Manchmal sagst du, dass der Flüchtling ja nichts tut für sein Geld und dass er ja dem Steuerzahler auf der Tasche liegt. Soll ich dir sagen wie viel der Inhaber von deutschen Staatsanleihen für seine Zinsen tun muss, die er auch vom Steuerzahler bekommt?! Der Flüchtling will was für sein Geld tun, darf aber nicht. Der Vermögende will nichts für seine Zinsen tun und muss es auch nicht. Wenn du wirklich ein besseres Leben willst mit sozialer Gerechtigkeit, ohne Angst vor der Zukunft, dann fang an nach oben zu treten und nicht zur Seite.

Maik Schwarz

<b>aus dem Inhalt:</b>	Nein zum Sparkassenabbau.....	S. 2
	Deutliches Zeichen in Treuen.....	S. 4
	Warnstreik in Plauen.....	S. 5
	vom 12. Landesparteitag.....	S. 6

**DIE LINKE.**



## PLÄNE DER SPARKASSE GEFÄHRDEN DEN SOZIALEN FRIEDEN!

Anliegen der Bürger müssen beachtet werden!

Wir fordern die Rücknahme der veröffentlichten Schließungspläne der Sparkasse Vogtland!

Nach den Protesten in Treuen gegen die beabsichtigte Schließung des Sparkassencontainers in der oberen Stadt war in der Presse zu lesen, dass die Sparkasse im 2. Halbjahr ein Konzept für ihre Zukunftspläne im Vogtland erarbeiten wolle. Wie es hieß, sollte dieses Konzept dann mit Kommunalvertretern beraten werden. In einer späteren Mitteilung war keine Rede mehr von diesem Plan, die Bürger und deren Vertreter mit einzubeziehen. Jetzt stutzen vielleicht manche auch so schlaue Verfechter des „Marktes“. Ja, wem gehört denn die Sparkasse als öffentlich-rechtliche Institution? Warum sollen denn also die wirklichen Eigner – eben die „Geldgeber“ – und das sind die Kunden einschließlich der Kreditnehmer, die nicht unbedeutende Zinsen zahlen, warum sollen also die Bürger nicht gefragt werden, wenn solch gravierende Einschnitte geplant werden?

Alle Entscheidungen einfach hinnehmen, ohne zu hinterfragen – das sollte vorbei sein!

Die Sparkasse konnte im Jahr 2014 trotz Niedrigzinsphase einen Bilanzgewinn von 5.662.000 Euro erwirtschaften. Warum wird denn nicht in einer volkstümlichen Ausdrucksweise den Bürgern/Kunden offen gesagt, wie dieser Bilanzgewinn verteilt wurde – mit wie viel „Zuschuss“ der Kreishaushalt rechnet (gibt es eine

Vorgabe?), wie viel in Sponsoring geht? Nein, es wird Geheimniskrämerei betrieben, ausgebildete Volkswirte können sich ja die Bilanzen ansehen, mag sein. Wie kommt man bei solchen Überschüssen auf die geplanten Schließungen? Warum werden Entlassungen von Mitarbeitern geplant? Entschuldigung, es werden Aufhebungsverträge geschlossen.

Ließ sich die Sparkasse nicht laufend feiern, wenn Lehrlinge ausgebildet wurden. Wie viele von den ehemaligen Lehrlingen haben inzwischen sogar das Vogtland verlassen? Ein Journalist führt die „üppigen Geschäftsstellen“ an, fragt aber nicht, ob überhaupt mal ein/eine Verantwortliche/r für diese Fehlinvestitionen zur Verantwortung gezogen wurde. Ach die so schlaue Manager hatten ja „Weitsicht“ und wurden sicher hoch honoriert. Das traf auch für die aktive Mitwirkung an der Sachsen LB bzw. dieser Finanzholding zu. Wurden je Verantwortlichkeiten für Fehlentscheidungen geprüft? Jetzt steht in vielen Orten und Ortsteilen die Möglichkeit, jederzeit Geld abzuheben, auf dem „Spiel“. Es geht dabei um die Privatsphäre, die nicht in irgend einem Laden gesichert werden kann!

Online-Banking als Killer der Geschäftsstellen zu bezeichnen ist falsch und irreführend! Gültiges Geld kann man sich (noch) nicht aus dem privaten Drucker am PC ziehen! Geldautomaten müssen verbraucherfreundlich in allen Wohnorten unterhalten werden. Es geht bei der Ablehnung der Schließungspläne also nicht in erster Linie um Beratung für Anlagemöglichkeiten. Dafür könnte man gegebenenfalls einen mobilen Beratungstermin oder eine weiter geöffnete Filiale nutzen. Es wird also auch künftig, trotz Online-Banking erforderlich bleiben, Servicecontainer zu erhalten, zu erneuern oder aufzustellen. Dorthin gehören Geldautomaten, Überweisungsautomaten und Auszugdrucker! Ja, das kostet Geld!

Wir unterstützen die Meinung von Herrn Betka, dass die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft über den wirtschaftlichen Zielen der Sparkasse stehen müssen und nicht, wie bisher, umgekehrt. Das Streben nach Maximalgewinnen/Profit bedeutet grundsätzlich die „Überforderung“, wir sagen Ausbeutung, von Beschäftigten und Kunden! Höchstgewinne auf der einen Seite bedeuten Verluste bzw. Benachteiligungen auf der anderen Seite! Das darf für eine öffentliche Institution wie der Sparkasse kein Handlungsmotiv sein. Hierzu sind verschiedene Protestformen, nicht nur durch Sparkassenkunden erforderlich.

Wir fordern die Rücknahme der Sparpläne, die flächendeckende Verbesserung der Serviceleistungen und die Einbeziehung sowohl der gewählten Vertreter als auch der Bürgerschaft, mindest in der Form von Kundenbeiräten!

Wir fordern die Rücknahme der Sparpläne, die flächendeckende Verbesserung der Serviceleistungen und die Einbeziehung sowohl der gewählten Vertreter als auch der Bürgerschaft, mindest in der Form von Kundenbeiräten!

*Peter Jattke  
für DIE LINKE Treuen-Lengenfeld*

## NEIN ZU TTIP!

in anderthalb Stunden TTIP zum Thema gemacht!

Kurz vor 18 Uhr wurden noch eilig Stühle in die Lounge der Gaststätte Neuberin-Haus in Reichenbach getragen. Voll besetzt war damit der Raum, in dem am 7. Oktober in anderthalb Stunden TTIP zum Thema gemacht wurde.

Dr. Axel Troost, promovierter Wirtschaftswissenschaftler und finanzpolitischer Sprecher unserer LINKEN Bundestagsfraktion, sprach nicht nur von den Gefahren, die vom Freihandelsabkommen TTIP ausgehen, sondern er gab auch Einblicke in die Geschichte und Hintergründe solcher Vereinbarungen. So dient zum Beispiel die Abschottung einzelner Länder dem Schutz der eigenen Industrie, um deren Wachstum überhaupt erst zu ermöglichen, wie das Beispiel China zeigt. Auch die Wachstumsprognosen, die TTIP-Befürworter ins Feld führen, liegen laut verschiedener Studien bei 0,3 - 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts bis 2027. Diese Margen sind nur für Großkonzerne interessant. Letztlich bleibt TTIP ein Abkommen, das für Konzerne maßgeschneidert ist, jedoch tief in alle Bereiche unseres Lebens eingreifen wird und darüber hinaus die nationalen Parlamente aushebelt. Wo Gewinnerwartungen geschützt sind, dürften Verstaatlichungen zu einer Klage vor den Schiedsgerichten führen, bei denen, wenn sie so kommen, wie geplant, eine Berufung nicht mehr möglich sein wird. Politischer Gestaltungswille wird damit obsolet.



Mit CETA gibt es bereits eine Blaupause für TTIP. Ausgehandelt wartet dieses Abkommen zwischen der EU und Kanada nur noch auf Ratifizierung. Änderungen am Text sind nicht mehr möglich. So ist es auch bei TTIP. Entweder ganz oder gar nicht, lautet die Devise.

Doch es regt sich Widerstand. Die Europäische Bürgerinitiative hat bereits über 3 Millionen Unterschriften gesammelt. Die Demonstration in Berlin von 250.000 Menschen, zu der ein breites Bündnis aus attac, Gewerkschaften und Parteien aufgerufen hatte und zu der auch viele Genossinnen und Genossen aus der Region gereist sind, hat die Erwartungen der Veran-

stalter weit übertroffen. Ein weiteres deutliches Zeichen ist damit gesetzt. Aber das reicht noch nicht, wir müssen weiter gegen TTIP vorgehen.

Im Reichenbacher Stadtrat soll demnächst ein entsprechender Antrag eingebracht werden, so Fraktionsvorsitzender Henry Ruß, der den Abend moderierte. Reichenbach folgt damit dem Beispiel von bereits mehr als 300 Städten und Gemeinden in Deutschland, von Bayern bis Mecklenburg-Vorpommern, die TTIP ausdrücklich ablehnen.

*Katrin Pritscha*



## DEUTLICHES ZEICHEN IN TREUEN

Bürgerschaft protestiert gemeinsam mit „Aktionsbündnis Vogtland gegen Rechts“, Gewerkschaften, DIE LINKE und Kirchen gegen NPD-Aktion

Nun auch in Treuen! Nach 26 Jahren gab es am 21.10.2015 erstmals wieder eine politische Demonstration bzw. Kundgebung! Die NPD Sachsen rief mit Unterstützung der DSU/AfD zu einer öffentlichen Kundgebung und Demo durch Treuen unter dem Motto „Treuen wehrt sich“ auf. Vorausgegangen war eine z. T. tumultartige Ortschaftsratsitzung kombiniert mit einer Bürgerinformationsversammlung in Eich am 06.10. Auch im Stadtrat Treuen am 07.10. war eine besonnene Beratung nicht möglich. In diesen öffentlichen Sitzungen wollte die Diakonie Auerbach für ihr Vorhaben werben, das leer stehende Gewerbeobjekt des Tupper-Vertriebszentrums in Eich für die Unterbringung unbegleiteter jugendlicher Flüchtlinge zu erwerben und zu nutzen. Der Ortsvorsteher (Freie Wähler) sowie die Bürgermeisterin (parteilos/CDU) tragen für die entstandene Situation große Verantwortung, weil sie Hetze, Bedrohungen von Befürwortern und Verletzung der Geschäftsordnung unwidersprochen zuließen. Auch dadurch fühlten sich die Rechten ermutigt, nun die Treuener Bürger unter dem Motto „Treuen wehrt sich“ zum Protest aufzurufen.

Wir als DIE LINKE Treuen-Lengenfeld unterstützten mit einer Presseerklärung den öffentlichen Protest der hiesigen Kirchengemeinden gegen diese extreme Hetze gegen Flüchtlinge und riefen zum Protest gegen Fremdenfeindlichkeit auf. Wir freuten uns sehr, dass in dieser Situation das „Aktionsbündnis Vogtland gegen Rechts“ die Initiative für eine Gegendemo ergriff.

Leider konnten wir nicht erreichen, dass das Friedensgebet der Kirchen zeitlich so gelegt wurde, dass die dortigen Besucher danach mit uns gemeinsam an der Gegenkundgebung des Bündnisses gegen die NPD-Kundgebung teilnehmen konnten. Viele Teilnehmer der Friedensandacht beteiligten sich aber vorher an unserer Veranstaltung. Das große Engagement des „Aktionsbündnis Vogtland gegen Rechts“ und besonders von VERDI war maßgebend für die zahlreiche Teilnahme auf unserer Seite. In Ihrer Rede verurteilte die Bezirksgeschäftsführerin Kollegin Eger die unwürdigen Ereignisse in den Treuener Gremien und die Haltung der Verantwortlichen. Mit Unterstützung vieler Plauener und Vogtländer und auch unter Teilnahme von Persönlichkeiten aus dem Landratsamt waren wir zu unser aller Freude sehr viele Teilnehmer und auch sehr laut in unserem Protest. Von uns besorgte Kerzen und Schutzbecher wurden gern genommen. Dadurch setzten wir ein sichtbares Zeichen für die Verbindung zwischen unserer Kundgebung und der Veranstaltung in der Kirche. Der gute Besuch beider Protestveranstaltungen zeigte eine deutliche zahlenmäßige Überlegenheit der Befürworter einer humanistischen Lösung im Sinne der Flüchtlinge und Asylsuchenden über die Gegner unter der Führung der NPD. Danke für die Unterstützung! Denn: Flüchtlinge sind Menschen! Ihr Anliegen muss menschenwürdig behandelt werden!

*Peter und Renate Jattke*

## NEIES VON DAR META

Ne Dienstooch ruft de Meta iehr Plausische Freindin, de Neideitel aa und soocht: „Iech kaa fei die Woche net auf Plaue komme mir isses ze kalt, um miech mit dir nei ne Biergartn ze setzn, doo bleib iech lieber darhaamm un tu die vieln Schwamme, die mar ne Sonntooch gefunne hamm, schee klaa schneidn un trocken. Du kast diech doch von dein Altn e moll ze mier nooch Falknstaa fahrn lessen, iech back a en gutn Pflaume-kuung.“

„Naa, Meta,“ maant de Neideitel, „mei Maa woar beim Doktor gewesen un is krank geschriem worn.“ „Woas fehltn denn,“ frocht iehr Freindin. Drauf de Meta: „Iech kennt zer Sau wern, mei Maa hott e ganz neie Krankheit, die „Winterkornitis“ haaßt, un er derf sein scheen un teiren VW nimmer fahrn, weils ihm immer schlecht werd, von denn vieln Umweltgiften, die der Mistkarn ausn Auspuff schleidert. Doo hat dar geldgierische VW-Konzern ne Abgastest su geschickt manipuliert, dess des bis itze kaaner gemerkt hott. Zen Glück hamms itze de Amis rauskrischt, des die Lumpn miet iehr Karnn de Umwelt vorsätzlich kaputt machen. Dess haast auf Neideitsch „Profitmaximierung“!

„Mei Alter woäß itze net, ob er des teire Auto ieberhabt widder los kricht.“ Doo soocht de Meta: „Varkaaft denn teiren Schlittn far de Hälf vom Neupreis an de Sächsische Staatsregierung. Die sei fier alles ze hamm, woas billisch is un net viel kost. Iech denk bloß an de Hilfspolizisten un de Neulehrer, die fier wernisch Geld ausbadn missn, woas de Politik varsaut hott. Die nemme aa eier Auto, woas sinst kaaner mehr hamm will.“

*Dieter Riedler*



**Für eure Artikel!**



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe  
19. November 2015

**Sendet uns eure Beiträge an:**

**redaktion@dielinke-vogtland.de**



## ALLE RÄDER STANDEN STILL weil Tarifverträge nicht von allein kommen

Auf Grund der festgefahrenen Tarifverhandlungen mit den beiden Unternehmen, rief die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Beschäftigten der Plauener Straßenbahn GmbH (PSB) und der Straßenbahn-Bus GmbH (SBG) am 22. Oktober zum Warnstreik auf. Auf Wunsch der Beschäftigten wurde dieser extra in die Oktoberferien gelegt, um die Schülerbeförderung nicht zu beeinträchtigen.

Der Tatsache geschuldet, dass es den letzten Streik bei der Straßenbahn Mit-

te der 90er-Jahre gegeben hatte und es für die SBG der erste Streik war, war bis zum Beginn nicht klar, wie viele Kolleginnen und Kollegen sich beteiligen würden. Als sich um 3:30 Uhr morgens zahlreiche Mitarbeiter der beiden kommunalen Unternehmen vor dem Tor des Betriebshofes in der Wiesenstraße versammelten, wurde klar, dass sich bis Mittag um 12:00 Uhr kein Rad bei den beiden Unternehmen drehen würde.

Dieses deutliche Signal der Beschäftigten sollte nun für die Betriebsleitung Grund genug sein, sich in der 5. Verhandlungsrunde Ende Oktober auf die Arbeitnehmer zu bewegen. Anderenfalls drohen weitere Warnstreiks, welche dann nicht mehr auf die Ferien gelegt werden können.

Lars Legath

*Ergebnisse der 5. Verhandlungsrunde lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor*



## UNTERSCHIEDLICHE LEITANTRÄGE

auf dem 12. Landesparteitag

Normalerweise gibt es auf Parteitag einen einzigen Leitantrag zu grundsätzlichen Fragen, der nach erfolgreicher Diskussion und Beschlussfassung eine wichtige Grundlage künftiger Parteiarbeit bildet.

Vor unserem 12. Parteitag hatte der Landesvorstand dementsprechend den Leitantrag "Wo wir stehen und worauf wir aufbauen können" erarbeitet. Zusätzlich reichte aber der Liebknechtkreis Sachsen einen Antrag mit dem Titel: "Zeit für Veränderung - den Aufbruch ermöglichen" ein. Der wurde zwar unter "Sachanträge" eingeordnet, sollte aber als "zweiter Entwurf eines Leitantrages" gelten. Daraufhin erschien ein dritter Antrag von Rico Gebhardt und Antje Feiks mit grundsätzlichen Aussagen zur Strategie der sächsischen LINKEN: "Was jetzt zu tun ist". Letztere war inhaltlich eine Art Fortsetzung des Leitantrages vom Landesvorstandes, während der Antrag des Liebknechtkreises sich sowohl in der kritischen Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation als auch den daraus abgeleiteten politischen Nahzielen deutlich vom Leitantrag des Landesvorstandes unterschied.

Nun erinnern wir uns alle sicherlich noch an die heftigen kontroversen Diskussionen zur Auswertung der letzten Landtagswahl auf den drei Regional Konferenzen, deshalb fürchteten viele Genossinnen und Genossen, dass es auf dem Parteitag nochmals zum großen Schlagabtausch kommt und wir wieder einmal der Öffentlichkeit das Bild einer restlos zerstrittenen Partei bieten, der die Politikfähigkeit abgesprochen wird, da sie ja vorwiegend mit sich selbst beschäftigt ist. Aber das geschah nicht!

Zu wichtigen Anträgen werden üblicherweise bereits vor den Parteitagen Änderungsanträge eingereicht. Die kann der Antragsteller übernehmen, oder sie werden auf dem Parteitag zur Abstimmung gestellt. Und sowohl der Landesvorstand als auch der Liebknechtkreis tauschten vor dem Parteitag wechselseitig Änderungsanträge zum konkurrierenden Antrag aus, es gab eine faire und respektvolle schrift-

liche Diskussion zwischen den Antragstellern, und diese Debatte führten zu Kompromissen, so dass schließlich die Antragskommission empfehlen konnte, die drei "Leitanträge" nicht alternativ, sondern gleichberechtigt auf dem Parteitag zu behandeln und abzustimmen.

Eine harte öffentliche Konfrontation blieb so glücklicherweise aus, alle drei Anträge wurden mehrheitlich beschlossen. Allerdings gibt es nach wie vor in diesen drei Beschlüssen unterschiedliche Standpunkte auch zu grund-

legenden analytischen und strategischen Fragen, z.B. zur Einschätzung des aktuellen politischen Kräfteverhältnisses, zur Frage, für wen wir Politik machen, zu Fragen realisierbarer Ziele, zu Bündnisfragen. Das ist sicher normal, und die Diskussion solcher Widersprüche ist für die Entwicklung einer Partei unerlässlich.

Insofern stimme ich der Einschätzung von Stefan Hartmann vom 14.09.2015 (auf der Homepage der sächsischen Linkspartei) nicht zu: "Die sächsische LINKE zeigt sich nach einem Jahr intensiver Debatten über die strategische Ausrichtung inhaltlich geschlossen. ... Mit dem Landesparteitag hat die sächsische LINKE ihre innerparteilichen Differenzen überwunden." Meiner Meinung nach wäre das nicht einmal wünschenswert. Entscheidend wird sein, dass wir die weiterhin notwendigen Debatten mit Sachkenntnis, sachlich, fair und mit gegenseitigem Respekt führen

*Dr. Dorothea Wolff*



## G36 WAR GESTERN!

Habemus novum guns – Wir haben neue Schießprügel! Nun ist es fast geschafft! Ein neues Sturmgewehr wird auf Steuerzahlers Kosten beschafft. Erst einmal 170 000 Stück für die Bundeswehr. Die dann weltweit als Reklameträger dafür auftritt und neue Märkte für unsere Kriegswaffenkonzerne erschließen hilft. Da wäre es doch ganz hilfreich, dass die noch im Einsatz befindliche Flinte G 36 um die Ecke schießt, wenn die Sonne zu warm scheint, einer neuen Nutzung zugeführt werden könnten.

Ursprünglich war das ohnehin nur für eine Nutzungsdauer von 20 Jahren ausgelegt. Die zuerst produzierten Flinten haben diese Grenze demnächst erreicht. Aber wenn das Verteidigungsministerium das als Grund für eine Neuentwicklung angegeben hätte, wären sogar die zu allem Scheiß ja sagenden Unionsleute sauer geworden. Nein, Lobbyarbeit funktioniert geschickter. Schließlich arbeiten die Beamten in den zuständigen Bundeswehrgremien mit den Managern der Rüstungsindustrie bereits seit Jahrzehnten sehr, sehr vertrauensvoll zusammen. Eben Hand in Hand, wo eine die andere wäscht.

Ab 2019 soll Alt gegen Neu getauscht werden. Da muss man schon jetzt mal fragen, was denn mit den auszusondernden Waffen passiert? Werden die alle in der Zufahrt zum Verteidigungsministerium quer zum Bordstein gelegt, um dann einen Panzer darüber rollen zu lassen? Oder verkauft man die nach Meinung der bisherigen Nutzer doch eigentlich gar nicht so schlechten Schießprügel in alle Welt? Darüber sollte das Parlament gleich mitentscheiden, wenn es demnächst Gelder für die neuen Schießbeisen freigibt.

Dieter Riedler

## FLÜCHTLINGS-POLITIK IN KLINGENTHAL

Unter fadenscheinigen Begründungen "besorgter Bürger" wird Hetze gegen Flüchtlinge betrieben. Humanität und Menschenrechte sind für die Veranstalter der "Kligida" Fremdwörter. Die eigene Befindlichkeit oder der Egoismus stehen im Vordergrund vor allen Erwägungen, Kriegsflüchtlingen in ihrer Not zu helfen. Nur nicht bei uns, aber wo sonst?

400 000 Wohnungen stehen in Sachsen leer. Der Abriß wird mit Fördermitteln vorangetrieben. 90 Flüchtlinge werden wohl die schöne Stadt nicht ruinieren.

Der Protest ist kein Mittel zur Lösung von Flüchtlingsproblemen hierzulande, geschweige zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Geschürte Angst beflügelt Aggressionen und ist die Anleitung zu Straftaten.

Das sollten die Genehmiger solcher Veranstaltungen bedenken. Leider steht das hohe Gut der Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Vordergrund und die Hürden der Paragraphen für Volksverhetzung sind hoch gehängt.

Bei der Hetze gegen Flüchtlinge scheinen keine Einschränkungen zu bestehen. Man kann Galgen zeigen oder auf KZ und Gaskammer verweisen. Die Masse gröhlt. Mir ist es zum fürchten.

Dr. Harald Einkenel

## DAS DEUTSCHE SCHULSYSTEM

In deutschen Schulen kommt die Misswirtschaft in Deutschland zum tragen. Ein Polylix nach den anderen geht kaputt, der Drucker geht nur spärlich, Computer sind veraltet. Bänke müssen über Jahrzehnte erhalten bleiben, von der Ergonomie ganz abgesehen.

In Galileo wurde die beste Schule Deutschlands in Wuppertal-Barmen, die viel High -Tech Geräte beherbergt und auf Integration setzt, ausgezeichnet. Mit 100.000 Euro, die von der Bundeskanzlerin persönlich übergeben wurden sind. Wo sind aber die Fördergelder für alle anderen Schulen, die nicht so gut da stehen? Wo jeder Cent 3 mal umgedreht wird. Es ist schön solche Schulen zu unterstützen, aber mindestens genauso viel Unterstützung brauchen all die anderen Schulen, die nicht mal annähernd an den Stand heranragen. Anstatt in den Zeitungen von Inhaltsangaben auf Kondompaktionen zu berichten, könnte man dies doch mal aufgreifen. Viele in der Schule lachen darüber, wahrscheinlich ist dies, das Gesundeste.

Mir ist leider das Lachen vergangen, wenn ich sehe, wie Lehrer, keine Pädagogik studiert haben sondern nur Lehramt. Keiner prüft die Lehrer, kontrolliert ihren Unterricht, die können nach einen Abschluss machen was sie wollen. Sie können den Unterricht gestalten wie sie wollen, ob dies effektiv ist oder nicht, ist nicht deren Problem. Sondern den Schülern ihr Problem.

Sissy Englert

**GEDENKTAFEL AM LANDRATSAMT**

ehemals Kaufhaus Horten

Dank und Anerkennung der jüdischen Familie als Opfer des Nationalsozialismus, für ihr Wirken zur Schaffung einer modernen Kaufhauskultur in Deutschland. Dank für das humanistische Wirken und die Gestaltung einer solidarischen Arbeitswelt.

Der jüdische Familienkonzern Tietz zählte zu den erfolgreichsten Unternehmen seiner Zeit in Deutschland.

Die Kaufhauskette Tietz AG der Brüder Hermann und Oskar Tietz wurde mit Hilfe von Familienkapital gegründet. Das erste Geschäft öffnete am 1. März 1882 in Gera. Die Familie prägte in den Folgejahren entscheidend die Entwicklung des Kaufhauswarenhandels in Deutschland. Im Jahr 1933 war Leonhard Tietz Vorstandsmitglied der Tietz AG, Vorstandsmitglied des jüdischen Waisenhauses- und Krankenhaus in Köln und Mitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Die Leonhard Tietz AG als „Jüdisches Kaufhaus“ fiel als eines der ersten jüdischen Gesellschaften der Enteignung und Zwangsarisierung der Nationalsozialisten zum Opfer. Bereits 1934 mussten die jüdischen Aufsichtsratsmitglieder ihre Mandate niederlegen. Leonhard Tietz gelang die Flucht nach Holland und später nach Jerusalem, wo er 1941 im 58. Lebensjahr verstarb.

Die von den Nazis verfeimten „Judenkaufhäuser“ Karstadt, Wertheim und KaDeWe wurden auf Grund ihrer Größe als Arierisierungsfälle durch die Großbanken übernommen. Am Boykotttag 01.04.1933 kommt es vor dem Kaufhaus Tietz zu blutigen Zusammenstößen.

Die Familie Tietz entkommt nach Holland und Palästina.

*Waltraud Klarner - Fraktionsvorsitzende*

**WIR GRATULIEREN**

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

Erhard Peipp	Pausa	16.11.
Rudolf Schmidt	Plauen	16.11.
Volker Barth	Reichenbach	18.11.
Horst Fischer	Oelsnitz	18.11.
H. Kunzmann	Oelsnitz	19.11.
L. Wöllner	Reichenbach	19.11.
D. Wolff	Auerbach	24.11.
Elvira Frickel	Auerbach	27.11.
H. Golle	Reichenbach	3.12.
Ruth Hummel	Ellefeld	6.12.
Ilse Groll	Hartmannsg.	9.12.
H. Trillitzsch	Oelsnitz	15.12.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

**Der Vogtlandbote****INTERESSANT?!**

*Alle Ausgaben des Vogtlandboten können auch Online gelesen werden unter:  
[www.dielinke-vogtland.de/presse](http://www.dielinke-vogtland.de/presse)*

**KREISPARTEITAG - 14.11.2015**

Am 14.11.2015 findet im Gasthof "Zum Goldenen Löwen", Karl-Marx-Straße 28, 08491 Limbach/Vogtl., der Kreisparteitag des Kreisverbandes Vogtland der Partei DIE LINKE statt. Dazu sind alle Mitglieder eingeladen. Beginn ist 10:00 Uhr.

**MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES STADTVERBANDES PLAUEN**

Am 06.11.2015 findet im "Haus Vogtland", Kasernenstr, 08523 Plauen (Behördenzentrum), die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Plauen statt. Beginn ist 17:00 Uhr. Thema: Wahl des Stadtvorstandes Plauen.

**BÜRGERSPRECHSTUNDE**

Für das direkte Gespräch mit Janina Pfau, MdL steht unsere Landtagsabgeordnete zu folgenden Bürgersprechstunden für Sie in ihrem Bürgerbüro zur Verfügung:

**09.11.2015 - 14:00 Uhr**

(um Terminabsprache wird gebeten)

Bürgerbüro MdL Janina Pfau  
Markt 3, 08606 Oelsnitz/Vogtl.,  
Tel: 037421/ 187878

Für alle Betroffenen wird nach vorheriger Absprache auch eine Hartz IV-Beratung im Bürgerbüro Oelsnitz/Vogtl. angeboten.

**Impressum - Der Vogtlandbote**

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: [redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de). Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21.10.2015, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 19.11.2015. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwahrend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.